

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 33. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreise: Die Nebenblätter des Tagesblattes oder deren Raum für Anzeigen von 10 bis 20 Zeilen im Auergebirge 20 Pf., im Sonntagsblatt 30 Pf., im Auergebirge 20 Pf., im Sonntagsblatt 30 Pf. Bei größeren Aufträgen sind besondere Abmachungen zu treffen. Anzeigen für den Ausland werden nicht angenommen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Rückgabe der Anzeigen durch den Fernsprecher erfolgt oder durch den Postboten nicht geleistet werden.

Nr. 72

Freitag, den 28. März 1919

14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Alliierten haben an die deutsche Regierung in der Frage der polnischen Truppenlandung in Danzig ein Ultimatum gestellt, in welchem sie mit Abbruch des Waffenstillstandes drohen.

Marshall Foch erklärt, daß die französischen und englischen Staatsmänner niemals geduldet hätten, daß Deutschland ein Diktatfrieden auferlegt werden soll.

Die deutsche Regierung will im Friedensvertrag internationale Vereinbarungen über den Achtstundentag erzielen.

Die Nationalversammlung in Weimar hatte gestern eine bewegte Sitzung.

Die Sächsische Volkstammer nahm gestern eine Entschliebung gegen einen Gewaltfrieden an.

Eine internationale Sozialistenkonferenz findet am 25. April in Amsterdam statt.

Vom Frieden.

Der Friedensvertrag zu Diktat abgeschlossen.

Im französischen Kammerauschuss erklärte nach einer Meldung aus Paris Außenminister Pichon, daß der Friedensvertrag bis Diktat abgeschlossen sein werde. Die Besprechungen mit den deutschen Delegierten beginnen am Montag. Die deutsche Hauptdelegation werde zum 7. April in Versailles erwartet.

Eine Meldung der Agence Havas besagt: Die politischen Besprechungen des Vorfriedensvertrages mit Deutschland beginnen am 31. März. Die deutsche Finanzkommission wird am 30. März in Versailles ein treffen.

Brotdorff-Rathenau in Weimar.

Amlich wird aus Berlin gemeldet: Reichsminister Graf Brotdorff-Rathenau hält sich seit Dienstag in Weimar auf, um mit dem Kabinett eine Reihe der durch die bevorstehenden Friedensverhandlungen akut gewordenen Fragen zu besprechen.

Diktat oder Verhandlungsfrieden?

Eine Mitteilung Fochs.

Ausländische Blätter hatten vor einiger Zeit Meinungen von Lloyd George und Pichon mitgeteilt, wonach nach übereinstimmender Ansicht dieser beiden Staatsmänner die Friedenskonferenz sich nicht auf Verhandlungen mit der deutschen Delegation einstellen werde. Die Deutschen müßten sich damit begnügen, den ihnen von den assoziierten Regierungen vorgelegten Friedensvertragsentwurf entweder anzunehmen oder abzulehnen. Daraufhin hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, am 19. März in Spa eine Anfrage stellen lassen, in welcher eine Auskunft darüber verlangt wurde, ob die erwähnten Meinungen den Tatsachen entsprechen.

Am 20. März ist von Marshall Foch in Spa folgende telegraphische Antwort eingegangen: Die Herren Lloyd George und Pichon haben niemals die Erklärungen abgegeben, die ihnen zugeschrieben worden sind und welche die Anfrage veranlaßt haben, die am 10. März von dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission gestellt worden ist.

Der Friedensvertrag — kein Instrument des Zwanges.

Die von der Agence Havas angekündigte neue Organisation der Pariser Friedenskonferenz, wonach nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando Verhandlungen abhalten und die Zusammenkünfte des Journates bis dahin ausgehoben bleiben, scheint nach „Journal“ auf den besonderen Wunsch Wilsons zurückzuführen zu sein. Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ schreibt: Die neue vierköpfige Konferenz wird die größten Anstrengungen machen, um sich über die Friedensbedingungen, welche Deutschland nach Ende nächster Woche aufgezungen werden sollen, zu einigen. Dieser Friedensvertrag wird wahrscheinlich ein viel weniger ehrgeiziges Instrument sein, als gewisse Staatsmänner gewünscht hätten, die schon davon geredet haben, die Angelegenheiten der Welt und ihrer Bevölkerung in endgültiger Weise zu regeln. Dagegen wird das Dokument die wesentlichen Elemente eines zufriedenstellenden Friedens enthalten, die der Welt die Wiederaufnahme ihres normalen Lebens gestatten werden.

„Welt Parisien“ bezeichnet die Teilnahme von Foch an der Besprechung von Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando als Angelegenheit dafür, daß neben

politischen auch militärische Fragen besprochen worden seien. Man glaube, daß mit Oesterreich, Bulgarien und der Türkei zur selben Zeit wie mit Deutschland Frieden geschlossen werde.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris, der Rat der Vier habe eine neue Sitzung abgehalten. Es verlautet, daß wichtige Beschlüsse gefaßt worden sind. Man soll bereits im Prinzip bezüglich dreier Fragen Übereinstimmung erzielt haben, der Frage der Wiedergutmachung, des Rheins und des Adriatischen Meeres. So ist es sehr gut möglich, daß die Verhandlung Lloyd Georges und des Obersten House, daß die vorläufigen Friedensbedingungen gegen Ende der Woche festgelegt sein werden, sich erfüllt. Alle tut not, man muß um jeden Preis zu einem Ende kommen.

Der Achtstundentag im Friedensvertrag.

Auf eine Anfrage des Abg. Böglcr (Deutsche Volkspartei) ist von dem Reichsarbeitsminister Bauer folgende Antwort eingegangen: Die Reichsregierung ist bereit, darauf hinzuwirken, daß in den bevorstehenden Friedensverträgen eine internationale Vereinbarung über die Einführung der regelmäßigen achtstündigen Arbeitszeit für die Arbeiter in industriellen Betrieben getroffen wird.

Der Völkerverbund.

Eine von maßgebender verantwortlicher britischer Seite abgegebene Erklärung bezieht jeden Zweifel daran, daß im Friedensvertrag auf den Völkerverbund Bezug genommen wird. In dieser Erklärung wird hervorgehoben, daß im Friedensvertrag auf den Völkerverbund Bezug genommen werden muß. Daraus ergibt sich, daß der Völkerverbundentwurf im Friedensvertrag den deutschen Delegierten zur Kenntnis gebracht wird.

Abtretung deutscher Gebiete an Belgien?

Die „Neue Zürcher Ztg.“ meldet aus Genf: Aus sicherer Quelle verlautet, daß die Vereinigung der wallonischen Ortsgemeinden, die bis jetzt zu Deutschland gehörten, mit Belgien grundsätzlich von der Friedenskonferenz beschlossen worden sei. Ferner soll Belgien als Kompensation für die verwüsteten Gegenden 10 000 Hektar preussische Wälder längs der preussischen Grenze erhalten.

Nationalversammlung.

Weimar, 27. März.

Ein kritischer Tag.

Auf der Tagesordnung stehen der 4. Nachtragsetat und der Notetat 1919. Der Nachtragsetat enthält Anforderungen für den Reichspräsidenten (monatlich 100 000 Mark Aufwandsgehalt), sowie für das Reichsarbeitsministerium und das Reichsschatzministerium. Der Notetat sieht die vorläufige Regelung der laufenden Ausgaben für das Rechnungsjahr 1919 vor.

Reichsfinanzminister Schiffer begründet beide Vorlagen unter Hinweis auf ihren vorläufigen Charakter. Abg. Schulz (Soz.) polemisiert heftig gegen die monarchischen Kundgebungen in Berlin am letzten Sonntag und gegen die Rede des Herrn v. Kardorff in der preussischen Landesversammlung, der die Revolution als das größte Verbrechen am deutschen Volke bezeichnet hat. Redner warnt die Besinnungslosen vor einer neuen Revolution, bei der sie nicht so glimpflich wegkommen würden. An die Regierung richtet er die Frage, ob die Erklärung des russischen Volkskommissars Tschitscherin richtig ist, daß deutsche Truppen den linken Flügel einer großen Offensive darstellen. Er wünscht ferner nähere Mitteilungen der Regierung darüber, wodurch die hohe Summe von 100 000 Mark monatlich an Aufwandsentschädigungen für den Reichspräsidenten notwendig geworden ist. Bei der Beratung des ordentlichen Etats werden wir auch die Frage prüfen, ob an den Ministergehaltern nicht Abstriche angebracht sind.

Reichswehrminister Noke:

Auf die Anfrage des Abgeordneten Schulz wegen der Meinungen des russischen Volkskommissars Tschitscherin habe ich zu erklären: An den Kämpfen im Baltikum und hauptsächlich Lettische und Litauische Truppen beteiligt, deutsche Truppen haben in den letzten Wochen nur eine Operation von ganz geringfügiger Bedeutung vorgenommen, die in der Presse zu Unrecht als ein großer Sieg der deutschen Truppen über die Russen gefeiert worden ist. Es handelt sich dabei lediglich um die Befestigung einer Bahnlinie, um den Nachschub besser sicherzustellen. Seitdem ist ein Stillstand

der Operationen eingetreten. Es besteht zwischen dem Obersten Heeresleitung und mir und der Reichsregierung Übereinstimmung darüber, daß von den deutschen Truppen keine Offensivebewegung in Rußland und Litauen unternommen wird. Eine gewisse Sicherung der deutschen Ostgrenze wird leider noch erforderlich sein, aber die Reichsregierung ist nur von dem lebhaftesten Wunsche erfüllt, auch mit Rußland in Frieden und guter Nachbarschaft zu leben. (Beifall.)

Graf Posadowsky (deutschnat.) richtet darauf einen heftigen Angriff gegen Ministerpräsident Scheibemann wegen dessen gestriger Rede und wendet sich besonders scharf gegen die Sozialisierung. Er erklärt, seine Partei werde von der Bekämpfung der gegenwärtigen Regierung sich nicht abhalten lassen. (Die Sitzung dauert fort.)

Die Besetzung des Reichspräsidenten.

Zu der vielfach in der Presse angeschnittenen Frage des Gehalts des Reichspräsidenten wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Außer den 100 000 Mark monatlich werden dem Reichspräsidenten keine anderen Bezüge gewährt. Das Gehalt ist nicht allein für seine persönlichen Bedürfnisse berechnet, es werden damit vor allem die Kosten für das Büro des Präsidenten und die Gehälter für das Personal bestritten. Der Präsident wird genaue Rechnung ablegen und einen sich ergebenden Ueberschuß am Ende seines Provisoriums zurückgeben. Die mehrheitssozialistische Fraktion wird demnächst einen Antrag einbringen, daß dieser Etatsposten durch den Haushaltsausschuß zu überprüfen sei.

Sächsische Volkstammer.

Dresden, 26. März.

Die Sozialisierung.

Auf der Tagesordnung der heutigen (Mittwoch-) Sitzung steht die Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärungen.

Minister Schwarz:

Die Redner aller Parteien haben sich speziell mit Ernährungsfragen und der Sozialisierung beschäftigt, weshalb er kurz darauf eingehen müsse. Die sächsische Regierung denke nicht daran, planlos allen auf dem Gebiete der Sozialisierung auftauchenden Projekten nachzugehen. Sozialisierungsbestrebungen würden stets nach dem Standpunkte des einzelnen und den Programmen der Parteien verschieden aufgefaßt werden. Die Arbeiter drängten nach Sozialisierung, die Industriellen setzten ihr entschiedenes Widerstand entgegen. Wenn aber Abg. Nischke die Aufgabe der Sozialisierung in einem Ausgleich der widerstreitenden Interessen erblicke, so sei ihm, Redner, dieser Rahmen viel zu eng. Die Aufgabe der Sozialisierung sei, dafür zu sorgen, daß der Ertrag der Arbeit nicht dem einzelnen, sondern der Gesamtheit des Volkes zugute komme. Es sei unzutreffend, daß die Sorge des einzelnen für sich und seine Familie stets die Haupttriebfeder der Arbeit sei. Im Gegensatz zum Abgeord. Nischke sei von niemand behauptet worden, daß unser Wirtschaftsleben vor dem Kriege so schlecht gewesen sei, daß es völlig über den Haufen geworfen werden müsse. Über darüber, daß unser Wirtschaftsleben jetzt nach dem Kriege wesentlich anders beurteilt werden müsse, darüber würden sich wohl alle einig sein.

In nächster Woche werde der Volkstammer der Entwurf über Schaffung eines Sozialisierungsamtes zugehen, dessen Aufgabe sein werde, unser ganzes Wirtschaftsleben gründlich zu erfassen.

Es müsse versucht werden, unser ganzes Wirtschaftsleben umzugestalten. Daran müßten alle Volkstreu mitarbeiten, sonst wäre eine Sozialisierung unmöglich. Dem Sozialisierungsamte müsse ein Etat beigegeben werden, der aus Arbeitern und Industriellen zusammengesetzt sein müsse, und in dem auch die gelisteten Arbeiter nicht fehlen dürften. Gehten werde alles tun, was möglich sei, ohne sich mit den Absichten des Reiches in Widerspruch zu setzen. Man solle aber nicht glauben, daß, wenn heute mit der Sozialisierung begonnen werde, Deutschland in zwei Jahren aus seinem Elend heraus sein werde. Die Sozialisierung werde vielmehr eine Frist von Generationen erfordern. Dem Handwerker sei nur insofern zu helfen, als es sich zusammenschließen müsse, um nicht wieder in die Höhe zu kommen. Rüstlich einen Handwerkerstand wieder hoch zu bringen, der sich tief unter dem

Wider mancher Arbeitseigenschaft, daran habe die Regierung kein Interesse. Das Handwerk sei nun einmal zu einer gewissen Vereinfachung verurteilt.

Wettens Ausschüsse.

Justizminister Harnisch tritt dafür ein, daß der Strafvollzug nicht mehr dem Ministerium des Innern, sondern dem Justizministerium unterstehe. Der Verdrager ist ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse. Er hat die Tat nicht getan, um das Böse zu tun, sondern als Opfer der Gesellschaft.

Sympathie-Erklärung für Budapest.

Die Unabhängigen Gleißner u. Genossen wünschen in einer Erklärung, daß die Volkskammer Kenntnis nimmt von dem Ausruf des Rates zu Budapest und dem Rate ihre Sympathie ausdrückt.

Der Präsident schlägt vor, die Abstimmung erst zu Beginn der Donnerstag-Sitzung stattfinden zu lassen.

Schlag des Ausschusses über die Regierungserklärungen.

Abg. Dr. Wagner (Deutschnat.) plädiert für die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zum Zweck der Nachprüfung der Wirksamkeit der U. und S. Räte. Abg. Gantner (Demokrat) gegen die Errichtung eines Sozialisierungsausschusses habe die Deutschdemokratische Partei nicht einzuwenden, doch könne sie sich davon keineswegs die Lösung aller Fragen des Wirtschaftslebens erhoffen.

Die darauf folgenden Ausführungen des Abg. Heilich (Soz.) gestalten sich zu einer scharfen Auseinandersetzung mit den Unabhängigen.

In der gestrigen (Donnerstag) Sitzung findet vor Eintritt in die Tagesordnung die Abstimmung statt über die von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnete Erklärung gegen einen Gewaltfrieden.

Die am Mittwoch in der Volkskammer eingingen, nachdem die Zusagerklärung der Unabhängigen in welcher den ungarischen Revolutionären die Sympathien der Volkskammer zum Ausdruck gebracht werden, abgelehnt worden ist, findet die erstgenannte Erklärung mit allen gegen die 8 Stimmen der Unabhängigen Annahme.

Auf der Tagesordnung stehen mehrere Anträge und eine Interpellation über Schul-Angelegenheiten.

Abg. Arzt (Soz.) begründet folgenden Antrag seiner Partei: die Regierung zu ersuchen, der Volkskammer ein Uebergangsgesetz für das Schulwesen, insbesondere das Volksschulwesen, vorzulegen, das bis zur Verabschiedung eines neuen Schulgesetzes die dringenden Reformen im Schulwesen durchführt.

Abg. Schulze (Dem.) begründet folgenden Antrag seiner Partei: die Regierung zu ersuchen: 1. unerwartet einer grundsätzlichen Regelung über die Aufbringung der Schullasten die Feuerungsanlagen für die Bedürfnisse an den Volksschulen vom 1. Januar 1919 an voll auf die Staatskasse zu übernehmen.

Fraktion ersucht die Regierung, „1. unversichtlich die Volksschullehrer in die entsprechende Stelle der staatlichen Besoldungsordnung einzureihen, wie es bereits bei den Volksschullehrern in staatlichen Anstalten geschehen ist; 2. der unerträglichen Kottlage der Junglehrer und der Umwidmung für den höheren Schuldienst abzuhelfen.“

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die Interpellation der Demokratischen Fraktion: „Sind der Regierung die Schwierigkeiten und nachteiligen Folgen bekannt, unter denen die Seminare und besonders die aus dem Heeresdienst zurückgekehrten Seminaristen infolge der eingerichteten Sonderlehrgänge für Kriegsteilnehmer leiden? Was gebietet die Regierung hiergegen zu tun?“

Kultusminister Bud:

Die heutigen Anregungen sind bei weitem nicht so zahlreich, wie die, die mir während meiner Abwesenheit von den verschiedensten Lehrerorganisationen, Schülern und Schulleitern zugegangen sind. Das ist eine solche Fülle, daß ich mich in die gewaltige Materie noch nicht vertiefen konnte. Selbst die Fachmänner sind sich über einzelne Fragen nicht einig; wie kann das bei einem Laien der Fall sein? Es werden wohl nicht alle Wünsche erfüllt werden können.

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellation. Weiter ist der Antrag eingegangen, den Antrag Arzt an den Vorschlagsausschuß, die übrigen Anträge an den Finanzausschuß zu überweisen.

Die Deutschnationale Volkspartei hat bei der Volkskammer folgende Interpellation eingebracht: „Die Dresdner Tageszeitungen bringen einen Bericht über einen Vorgang in der Dresdner Oberpostdirektion. Dort ist am Montag, den 24. März, eine Sitzung von Postbeamten gepflegt und der Telegrapheninspektor Schmidt verhaftet worden.“

Die Reichseisenbahnfrage.

Aus Dresden wird gemeldet: Mittwoch hat im Finanzministerium eine Besprechung zwischen der Regierung und Mitgliedern aller Fraktionen der Volkskammer über die Frage der Uebertragung der Staatseisenbahnen auf das Reich stattgefunden.

Aufhebung des schächtschließlichen Kohlenlieferungsvertrages.

Die tschechische Regierung hat den mit Sachsen bezüglichen Kohlenlieferung abgeschlossenen Vertrag für hinsichtlich erklärt, da er angeblich nicht von Staat zu Staat, sondern nur zwischen Privatpersonen abgeschlossen worden sei.

Der Umsturz in Ungarn.

Die Sozialisierung.

Nach einer Mitteilung aus Budapest erließ der revolutionäre regierende Rat eine Verordnung, der zufolge die Vaterrepublik alle diejenigen in der Industrie, Bergbau, und Verkehrsbetriebe, deren Arbeiterzahl am 22. d. M. 20 überschritten, unter Kontrolle der Arbeiterchaft und unter gesellschaftliche Leitung stellt.

des Betriebes und dem Produktionskommissar beizufügen in irgend einer Frage eine Meinungsverschiedenheit, so hat der Arbeiterrat sich im Besonderen an das Volkskomitee für soziale Produktion zu wenden, dessen Entscheidung bindend ist.

Das Eingreifen der Entente in Ungarn.

Aus Paris wird gemeldet: Blättern zufolge haben die Alliierten beschlossen, in Ungarn mit bewaffneter Hand einzugreifen. Es herrscht in Marseille sehr lebhaftes Interesse, da von dort aus Truppen beschickt werden sollen.

Genin fordert von Ungarn Garantien.

Genin hat an Bela Kun nach Budapest einen Fundspruch gerichtet, in welchem es heißt: Bitte mitzuteilen, welche realen Garantien Sie dafür geben, daß die neue ungarische Regierung wirklich kommunistisch, nicht nur einfach sozialistisch, d. h. sozialverräterisch ist.

Kleine politische Meldungen.

Wesfel in hohen Regierungsämtern. Einer politischen Nachrichtenstelle zufolge wird der Oberpräsident von Westpreußen, v. Jagow, am 1. April dieses Jahres in den Ruhestand treten.

Die Nationalfeiertage der Revolution. Die Abgeordneten Adolf Hoffmann und Genossen (U. Soz.) haben in der Landtagung des preussischen Landesausschusses beantragt, den 1. Mai und den 9. November als gesetzliche Feiertage zu erklären.

Eine Unterredung mit Lubendorff. General Lubendorff erklärte gegenüber dem „B. Z.“-Vertreter auf die Frage, wie er sich zu dem Vorwurfe stelle, durch sein Verhalten eine Gegenrevolution zu fördern: Ich stehe jeder irgendwie gearteten Bewegung vollständig fern und beschäftige mich ausschließlich mit der Abfassung meines Buches.

Heimkehr der Deutschen in Ostafrika. Wie die großbritannische Regierung durch Vermittlung der schweizerischen Regierung nach Berlin mitgeteilt hat, ist mit der Heimkehr der deutschen Zivilpersonen aus Ostafrika bereits begonnen worden.

Die Ausweisung des Hauses Hasburg. Im Hauptauschuß der Nationalversammlung in Wien hat der Präsident Seih über eine Reihe von Regierungsvorlagen an die Nationalversammlung berichtet, darunter Gesetze betreffend Aufhebung des Adels und gewisser Ehrenrechte und Würden, betreffend Landesverweisung und Uebernahme des Vermögens des Hauses Hasburg-Lothringen und betreffend Aufhebung der Todesstrafe.

Ein englischer Konflikt für Ansehen an China. Das deutsche Bureau erzählt, die britische Regierung gestattet unter gewissen Bedingungen die Teilnahme einer britischen Finanzgruppe an einem neuen Konflikt für Ansehen an China.

Von Stadt und Land.

Auer, 26. März.

Unsere Fleischversorgung. Die „Mitte des Reichsernährungsamtes“ schreiben: Die Aufbringung von Schlachtkörpern steht in letzter Zeit auf außerordentlichem Stande. Bei Befreiung der Umsäge für das Vierteljahr vom 1. Februar bis 30. April dieses Jahres glaubte man, infolge der bei der Heereslieferung eintretenden Ersparnis der Fleischlieferung eine um 100 Gramm erhöhte Fleischration zuweisen zu können.

Letzte Drahtnachrichten.

Ein Ultimatum in der Polenfrage.

Berlin, 27. März. In Weimar war gestern, wie der Befehlshaber berichtet, das Gerücht verbreitet, die Ententegelehrten hätten an die deutsche Regierung ein Ultimatum gerichtet, in dem die Zustimmung Deutschlands zu einer Sendung polnischer Truppen in Danzig gefordert werde. Die Entente habe geäußert, den Waffenstillstand abzukündigen, falls Deutschland mit dieser Forderung nicht einverstanden sei. Diese Nachricht scheint zu keinem Zwecke zuzutreffen. Wie feststehend heute gesagt werden kann, daß die Entente an die deutsche Regierung wegen der Frage der polnischen Truppenabsendung eine Note gerichtet habe. Die Antwortnote der deutschen Regierung sei bereits fertiggestellt.

Von der Nationalversammlung.

Weimar, 27. März. (Schluß des gestrigen Sitzungsberichtes.) Nachdem der Abg. Haase (Unabh.) die Regierung, namentlich wegen des Vorgehens der Regierungsgruppen in Berlin, scharf angegriffen hatte, erklärte Reichswehrminister Roske: Wir wünschen ein gutes Verhältnis zu Rußland. Rußland verlangt aber von uns, daß wir vorher bolschewistisch werden. Das lehnen wir ab. Wenn solche Gemeinheiten wie in Halle an dem Oberleutnant v. Richter vorkommen, (Dieser ist bekanntlich von Spartanern ermordet worden. D. Red.) darf sich niemand wundern, wenn entsprechende Gegenwirkungen ausgelöst werden. Das bebauern wir, lehnen aber die Verantwortung dafür ab. Dem Urteil Haases über die Truppen stellte ich das Urteil vieler Leute entgegen, die mir viel kompetenter erscheinen. Diese loben die Truppen. General v. Lettow, Borbeck ist nach seinem Einzug in Berlin bei mir selbst gewesen und hat mir erklärt, daß er und seine Leute in Ostafrika zwar unendlich hartes haben erdulden müssen, daß sie sich aber angesichts der menschlichen Kollage des Reiches und unbedingt hinter die Regierung stellen wollten, um dafür zu sorgen, daß endlich Ruhe und Ordnung in unserem gequälten Lande herbeigeführt wird. Dafür habe ich dem General v. Lettow, Borbeck gedankt und ich wiederhole hier diesen Dank. (Stürmischer Beifall.) Die Verhaftung des Rebellens der roten Fahne in Berlin habe ich angeordnet, denn in maßvollster Weise ist in diesem Punkte zum Bürgerkrieg aufgefordert worden. In wenigen Tagen werden wir Material vorfinden und zeigen, wie die Leute, für die Herr Quase sich begeistert, mit den Soldaten in Berlin umzugehen sind. Dem Verlangen nach einer Untersuchungskommission ist stattgegeben worden. Die Schuldigen sollen mit der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft werden, haben und drücken. Ich wundere mich, daß Sie (zu den Unabh.) hier in diesem Saale, wo Sie Solidarität genießen, nicht einmal den Mut haben, sich zu Ihren Taten offen zu bekennen. Ich beklage die Schwäche des Bürgerkrieges, aber ich klage die Brandstifter an, und das sind Herr Haase und seine Freunde. Auf ihr Haupt kommt das Blut, das vergossen wurde. (Stürmischer Beifall und Handklatschen, Lärm bei den Unabhängigen.) Winklerpräsident Scheidemann erklärte: Man hat sich über meinen Ton beschwert — in Wirklichkeit hat den Herren der Inhalt meiner Rede nicht gefallen. Ich habe auf die Offiziere nicht geschimpft, sondern immer nur von einem Teil der Offiziere gesprochen. General Ludendorff hat den Gerichtshof ja selber verlangt. Wir hatten uns mit der Frage längst beschäftigt. Nach den Vorarbeiten vom Sonntag in Berlin haben wir uns gesagt, wenn er es selber verlangt, dann soll er es haben. Selbstverständlich muß der Staatsgerichtshof ganz objektiv und unabhängig urteilen. Die Republik gibt jedem Meinungsfreiheit, aber Borrechte, wie sie die Spartaner und die Herren um Kosadowsky fordern, können niemandem eingeräumt werden.

Der Rotetat usw. geht an den Haushaltsausschuß. Nächste Sitzung Freitag.

Freigabe der deutschen Seefischerei.

Berlin, 27. März. Die englische Kommission teilte mit, daß die Freigabe der Fischerei im Kattegat erwogen, die Fischerei im Skagerrak verboten bleiben werde. Deutscherseits wurde erneut ersucht, sowohl im Kattegat als auch im Skagerrak die Seefischerei zuzulassen.

Schwedisches Wehl für Deutschland.

Stockholm, 27. März. Wie von Daglight Mächanda erzählt, haben die alliierten Mächte durch den amerikanischen Gesandten in Stockholm das schwedische Wehl Kreuz ermächtigt, 50 000 Tonnen Wehl unmittelbar nach Deutschland auszuführen, falls die Bezahlung in der vereinbarten Weise erfolgen kann. Es handelt sich sowohl um Weizenmehl wie um Roggenmehl, das Schweden nachher von Amerika zurückkauft werden soll.

Die Ereignisse in Ungarn.

London, 27. März. Das Reutersbüro erzählt über die militärische Lage: In Ungarn hat sich in militärischer Hinsicht nichts Neues ereignet. Es wird gemeldet, daß die ungarische Regierung den bolschewistischen Krieg an Serbien und an seine anderen Nachbarländer erklärt und seine Grenze nach Rußland geschlossen hat. Man darf annehmen, daß die in der dortigen Gegend befindlichen alliierten Streitkräfte, falls kein unvorhergesehenes Ereignis eintritt, der Armee der neuen Regierung gemessen sein werden, die am Ende des letzten Monats weniger als 50 000 Mann stark war. Es ist anzunehmen, daß die bolschewistischen Streitkräfte in der Illyria, die nach Südwesten vordringen, nur mit großer Schwierigkeit imstande sein werden, die Karpaten und den oberen Tisza zu überschreiten, um in Ungarn einzudringen.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 27. März. Von sozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß die internationale sozialistische Konferenz in Amsterdam am 28. April beginnen wird. Die Führer der sozialistischen Parteien der ganzen Welt sollen daran teilnehmen. Auch die Amerikaner werden zu der Konferenz erwartet.

neten zu Stadträtin neu ins Stadtvorordnetenkollegium eingetretenen Mitglieder: 1. Bademeister Ullrich Weitzer, 2. Lagerhalter Hermann Müller, 3. Schloffer Emil Meyer, 4. Hirschbecher August Schubert. Als erster Stellvertreter des Bürgermeisters wurde hierauf nach Vorschlag des Rates vom Stadtvorordnetenkollegium Stadtrat Gottschald und als zweiter Stellvertreter Stadtrat Dieß gewählt. Hieran schloß sich die Besetzung der gemischten Ausschüsse. — In der Stadtvorordnetenversammlung entspann sich noch eine längere Debatte über die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Mängel in der Kohlenversorgung. Der Rat soll ersucht werden, unverzüglich einmal in Privathaushaltungen lagernden größeren Kohlenvorräte zu beschlagnahmen. Zunächst soll eine freiwillige Auslieferung zur Abgabe von Kohlenvorräten zum Zwecke der Einzelverteilung durch die Stadtgemeinde erfolgen, woran sich eine allgemeine Kellerdurchsuchung anschließen soll. Ferner wurde der dringende Wunsch laut, beim Bezirksverband wegen reichlicher Belieferung mit Brennspiritus vorstellig zu werden, da die Stadt Köhlig gegenwärtig außerordentlich schlecht mit Kohlen versorgt sei und noch keine Gasversorgung hat. Auch die Beschaffung von Hartspiritus soll angestrebt werden. Weitere kurze Anfragen, betr. den Stand der Fischversorgung, die Art der Bekannmachung von Lebensmittelverkäufen und die etwaige Einrichtung einer geregelten Müllabfuhr, wurden erörtert.

xy. Schneeberg, 27. März. Zu der diesjährigen Aufnahmeprüfung am hiesigen Lehrerseminar hatten sich nur 15 Kandidaten gemeldet. Von den aus dem Hoerredienste entlassenen Schülern bilden die Sonderklasse I, 11 wurden der II. und 6 der III. Klasse überwiesen, 4 schieden noch in Gefangenschaft. Von früheren und jetzigen Schülern erstellten u. a. Kriegsauszeichnungen 12 das Eisene Kreuz erster und 169 daselbst zweiter Klasse, 61 die Friedrich-August-Medaille, 49 wurden zu Offizieren befördert. Sehr erfreulich lautet der 21. Geschäftsbericht der Jubiläumsgesellschaft. Das Stiftungsvermögen stieg auf 18 800 Mark; an Gaben wurden bisher 11 555 Mark bewilligt. Der „Schneeberger Seminarbote“, das geistliche Band zwischen der Bildungsstätte und ihren früheren Angehörigen, erfüllt mit erfreulichem Erfolge seine Aufgaben.

xy. Neustädtel, 27. März. Die Klassenverhältnisse des Bergakademikers für Neustädtel und Umgebung, dem 1713 Mitglieder angehören, gestalteten sich auch im vergangenen Jahre recht günstig. Es betragen die Einnahmen 43 264 M., die Ausgaben 32 338 M.; das Vermögen stieg auf 148 829 M.; für 59 verstorbenen Mitglieder wurden 3000 M. Aussteuer bezahlt. Dank des angekauften Vermögens können verhältnismäßig hohe Beiträge abgelegt werden; diese steigen jedes Jahr um 5 M. bis zum Höchstbetrage von 450 M.

1. Hirschau, 27. März. In der Sitzung des Gemeinderates vom 25. März wurde die Schuhmannsche dem Sergeant Walter Leonhardt, zurzeit in Burgstädt; die Kanzleistelle dem Kriegsbefehlshaber Paul Dietrich und die Kassistenstelle dem Kriegsbefehlshaber Hermann Bauer, hier, übertragen. — Die Frage der Aufhebung der Volksschule gab Anlaß zu längerer Aussprache. Man einigte sich schließlich dahin, eine Einwohnerversammlung abzuhalten, in der über die Aufhebung abgemittelt werden soll. Eine Versammlung soll darüber am 29. März im Gasthause „zum Lamm“ hier stattfinden. — Gemeindefürer Leistner gibt Ende März seine Tätigkeit im Gemeindeamt auf und es macht sich eine anderweitige Regelung der Lebensmittelfachverteilung aus dem Gemeindeamt herauszunehmen, um allen Verdächtigungen ein Ende zu machen und die Lebensmittelfachverteilung zwei Geschäftsteuten und zwei Arbeitern zu übertragen. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, einen Geschäftsführer anzustellen, der die Geschäfte der Lebensmittelfachverteilung in Gemeinschaft mit zwei Geschäftsteuten und einem Mitarbeiter des Ernährungsausschusses führen soll. Die Abstellung selbst aber im Gemeindeamt zu belassen. Die Stelle des Geschäftsführers soll im Orte ausgeschrieben werden. — Der Vorsitzende teilte mit, daß es mehreren Familien nicht gelinge, Wohnung zu erhalten, daß sogar auch Gemeindefürer keine Wohnung ausfindig machen konnten. Es machen sich Neubauten dringend notwendig. Diese Frage soll in nächster Sitzung behandelt werden. Von der Erhebung des Prozesses des Schuldirektors Weß gegen die Gemeinde nahm man Kenntnis. Die bei den Gemeindefürern von der Girokasse für die dort angelegten Gelder gutgeschriebenen Zinsen sollen zu einem Fonds angeammelt werden. — Von der Erhöhung der Kohlenpreise für das Gaswerk um 10 Mark für die Tonne ausschließlich Kohlensteuer nahm man Kenntnis. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Dresden, 27. März. Der Unglücksfall in der Zigarettenfabrik Penitzke, über den wir gestern berichteten, hat die jetzt sieben Todesopfer gefordert. 28 Personen sind teils schwer, teils leichter verletzt. Eine Untersuchung über den Unglücksfall ist eingeleitet worden.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.

Sonntag, am 24. März (Vikare), vorm. 8 Uhr: Abendmahlfeier; Pastor Ortzel. 9 Uhr: Hauptgottesdienst mit Predigt: Pastor Kunde. 11 Uhr: Kindergebetsstunde der älteren Abteilung: Pastor Kunde. Nachm. 5 Uhr: Konfirmandenprüfung des ersten Bezirks: Warrer Lehmler. Kindern ohne Begleitung Ermahnungen ist der Zutritt verboten. Abends 8 Uhr: Jungfrauenverein. 8 Uhr: Jünglingsverein. Der Tauchstimmengottesdienst fällt aus. Sonntag, den 31. März, abend 8 Uhr, in der Kirche Vortrag des Herrn Warrer Albedner aus Madrid über das Evangelium in Spanien. Mittwoch, den 2. April, abend 8 Uhr: Pfingstgottesdienst mit anschließender Abendmahlfeier: Pastor Kunde. (Text: Matth. 26, 27—30). Donnerstag, den 3. April, abend 8 Uhr: Christl. Verein Junger Männer: 8 Uhr: Männerverein. Freitag, den 4. April, vorm. 9 Uhr: Wochentagsgottesdienst für das Gastwirts- und ähnliche Gewerbe (Pastor Ortzel). In Auerhammer, abend 8 Uhr: Pfingstgottesdienst: Pastor Kunde. Abend 8 Uhr: Vorbereitung der Helferinnen des Auerhammergottesdienstes: Warrer Lehmler.

Friedenskirche.

Sonntag, Vikare. (Weihtag der Friedenskirche), 9 Uhr: Hauptgottesdienst mit Konfirmandenprüfung. Nachm. 5 Uhr: Lutherfeier des Evangel. Bundes Aue. Vortrag des Lutherfestspiels durch Hofkapitler Wilt. Kirchenchor. Eintritt 2, 1 M. und 50 H.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. Druck und Verlag: Neue Druck- und Verlagsanstalt m. B. G.

Die Lage der Volksernährung. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung erklärte Reichsminister Schmidt zur Lage der Volksernährung u. a.: Auch die amerikanische Einfuhr, die nicht durchweg gesichert ist, wird es nicht ermöglichen, der Bevölkerung wöchentlich 500 Gramm Fleisch zuzuwenden. Um den Zuckerrückbau wenigstens in der Höhe des Vorjahres zu erhalten, wird der Preis für diese Rüben erhöht werden. Die Zuckerfabriken werden zum Teil in ihrer Produktion freie Hand bekommen. Der Zucker soll aber zu entsprechenden Preisen an die Bevölkerung kommen.

Lebensmittel am Sonnabend: Fleisch und Butter.

7. Zur Entlassungsfeier in der Handelsschule. In Ergänzung unseres gestrigen kurzen Berichtes über die gestrige Entlassungsfeier in der hiesigen Handelsschule sei noch mitgeteilt, daß insgesamt 99 Schüler und Schülerinnen entlassen wurden. Unter ihnen befanden sich die ersten Schüler, die seit Verteilung der Einjährigen-Berechtigung an die Anstalt, sich das Reifezeugnis an der Höheren Handelsschule erworben haben. Die Entlassungsanträge hielt Direktor Professor Schulz für Fleisch und gutes Getreide wurden u. a. öffentlich beschlagnahmt aus der Höheren Handelsschule: Klasse II: Paul Riehn aus Zwönitz, Alfred Rniehisch aus Niederschlema, Johannes Coldig aus Aue; Klasse III: Paul Coldig und Gregor Meier, beide aus Hirschau; aus der Lehrerbildungs-Handelsschule: Klasse II: Martin Weßlein, Artur Selbmann und Alfred Reich aus Aue; Erich Seidel und Kurt Lang aus Lauter; Klasse III: Karl Eckardt aus Aue und Erich Schmidt aus Niederschlema; aus der Mädchen-Handelsschule: Klasse A: Jergard Bachmann, Hannas Lucas, Luise Nichtreiter, Ida Sadtler, Edo Stephan, Dora Wellner aus Aue und Helene Schönfeld aus Auerhammer; Klasse B: Charlotte Rieboldt aus Niederschlema, Ella Spitzer aus Lauter, Johanne Kühlig aus Boden, Hildegard Sachmann und Vidya Falkner aus Hirschau, Erna Falz aus Hartenstein und Olga Rieboldt aus Aue; Verkäuferinnenklasse: Hildegard Neubert, Gertraud Sühr und Ella Schlessler aus Aue.

Vortrag in der Nikolaikirche. In der Nikolaikirche wird am kommenden Montag abends 8 Uhr Pastor Ortzel über aus Madrid einen Vortrag halten über das Evangelium in Spanien. Den kirchlichen Kreisen ist die Arbeit des Pastors Ortzel nicht unbekannt. Auch ist das Land, in dem er und sein Vater schon lange gegenwärtig gewirkt haben, Spanien, uns Deutschen im Weltkriege nähergerückt.

Der kaufmännische Jugendbund in Aue, ein Zweig des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen, erklärt für Sonntag, den 30. März, abends einhalb 8 Uhr Einladungen zu seinem ersten Unterhaltungsabend für Eltern und Lehrlinge, der im Hotel „Stadtmarkt“ stattfinden soll. Das uns vorliegende Programm ist ein sehr reichhaltiges, so daß es an Abwechslung nicht fehlen wird. Die Gäste werden von dem Leiter des Jugendbundes, Herrn Felix Günther, begrüßt werden, während Herr Willi Blau aus Leipzig im Laufe des Abends einen Vortrag über die Aufgaben des kaufmännischen Jugend Deutschlands halten wird.

Militärischer Urlaub über den 1. April hinaus. Es ist bisher vielfach angenommen worden, daß die jetzt zur Entlassung kommenden Mannschaften keinen Urlaub bekommen würden. Das ist in dieser Verallgemeinerung falsch. Nach einer Verfügung des Ministeriums für Militärwesen am 15. März kann Urlaub mit Nebenleistungen und Gewährung freier Eisenbahnfahrt auf vierzehn Tage zum Suchen einer Stelle an diejenigen Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1898 und ältere erteilt werden, die durch den zuständigen Vorgesetzten in ihren Dienststellen bisher oder auch über den 1. April hinaus als unentbehrlich bezeichnet worden sind und in ihr tatsächliche Dienst getan haben bzw. noch werden werden. Das Gleiche gilt für Kranke nach Entlassung aus der ärztlichen Behandlung. Nach Ablauf desurlaubes gelten die Mannschaften endgültig als entlassen. Vor Eintritt des Urlaubs sind die Entlassungsformalitäten zu erledigen und die Entlassungspapiere auszubändigen. Eine Rückkehr vom Urlaub zum Truppenteil zu Entlassungszwecken ist untersagt.

Theater, Konzerte, Veranstaltungen.

Lutherschauspiel. Ueber das am Sonntag, den 30. März, nachm. einhalb 5 Uhr durch den Evangelischen Bund in unserer Friedenskirche zum Vortrag gelangende Lutherschauspiel von D. David Koch schreibt Dr. Traub in der Evangelischen Freiheit: D. Koch, der Herausgeber des Christlichen Kunstblattes, hat ein deutsches Schauspiel in 5 Akten herausgegeben mit dem Titel: Luther. Das Stück ist frisch und anschaulich mit viel Liebe zu packenden Einzelzügen geschrieben. Dem deutschen Publikum, das hoch Glaube und Heimat zulebte, auch einmal seinen Luther zu zeigen, wäre wahrhaftig Pflicht. Das Große an diesem Schauspiel hat Koch ist, daß es protestantisch und doch ohne konfessionelle Enge geschrieben ist und den Zweck verfolgt, ein deutsches Schauspiel zu sein. Es wirkt nirgends verletzend. Auch über die Vortragsgunst des stilleren Königlich Württembergischen Hoftheaterspieler Wilt liegen glänzende Anerkennungen vor. Gesang wird die einzelnen Akte umrahmen. Der Kirchenchor hat seine Mitwirkung zugesagt. Karten im Vorverkauf sind bei den Herren Müller und Lorenz zu haben.

xy. Zwönitz, 27. März. In der Stadtvorordnetenversammlung vom 25. März wurde zur Neuwahl der sechs unbesetzten Ratsmitglieder geschritten, nachdem die bisherigen Stadträte kürzlich sämtlich ihr Amt niedergelegt hatten mit Rücksicht auf der in der vorigen Stadtvorordnetenversammlung laut gewordenen Wunsch auf Anpassung des Rateskollegiums an die letzte Zusammenfassung des Stadtvorordnetenkollegiums. Stadtvorordnetenvorsteher Kuhert sprach den zurückgetretenen Herren namens des Stadtvorordnetenkollegiums Dank und Anerkennung für ihre der Stadtgemeinde in langjähriger Tätigkeit geleisteten erfolgreichen Dienste aus. Bürgermeister Dr. Fabian schloß sich diesen Worten unter besonderem Hinweis auf die von seinen bisherigen Mitarbeitern in den schweren Kriegsjahren für das Gemeinwohl geleisteten opferreichen Dienste an. Hierauf wurden einstimmig zu unbesetzten Ratsmitgliedern gewählt: der bisherige Stadtrat Konsumvereinsführer Ottomar Gottschald, ferner ein aus dem Stadtvorordnetenkollegium Konsumvereinsführer Regler, Fabrikbesitzer Emil G. Müller, Glendreher Emil Sonnendurg und Schuhmacher Emil Wegschald, endlich ein aus der Bürgererschaft der fr. städt. Stadtvorsteher Fabrikbesitzer Wilhelm Dieß. — In der gestrigen gemeinschaftlichen Sitzung wurden die Neugewählten von Bürgermeister Dr. Fabian in Pflicht genommen und eingeweiht. Im Anschluß hieran erfolgte die Einweisung der infolge der Wahl von vier Stadtvorord-

Kaufhaus Weichhold Markttafeln Stück 0.95, 2.00, 2.75, Mark.

Zeichnungen auf
 4 % mündelsichere Kommunalkreditbriefe
 der Kreditbriefanstalt Sächs. Gemeinden zu 95 %
 (Zeichnungsschluß 19. April) und
 4 % sächsische Staatsanleihe zu 93,50 %
 (Zeichnungsschluß 5. April)

nimmt entgegen **die Sparkasse Au.**

Vertreter.
 für staub. rein. Fußböden, feine Arbeit, in. Tanglealgerichte, rosa, auf eigene Rechnung gef. **H. S. Jacobi**, chem.-techn. Prob., Hannover, Osterstr. 72

Saubere Frau oder Mädchen
 für sofortige **Aufwartung** in **Küche**. Zu erfragen im **Unser Tagesblatt**.

Junger Herr sucht möbl. Zimmer
 eventl. mit Familienanschluß. Zu erfragen im **Unser Tagesblatt**.

Erste Berliner Firma der Haus- und Küchengeräte-Branchen
sucht leistungsfähige Fabrikanten

zwecks Uebernahme der Vertretung (z. T. auch für eigene Rechnung). Große Musterkumme in bester Lage. Angebote unter **N. Z. 2306** an die Geschäftsstelle dies. Blattes erbeten.

Freiwillige vor!  **Freiwillige vor!**

Schützt unsere sächsische Heimat!

Meldet Euch
 bei den **Freiwilligen Sächs. Grenz-Jäger-Abteilungen!**

Werbestelle: Zwickau
 Reinholds Garten, Ecke Schneebergerstr.-Schulgrabenweg.

Sonntag, den 30. März
Tanz-Kränzchen
 im Gasthaus Muldental.
 Streichmusik. Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
 Flotte Tänzer u. Tänzerinnen herzlich willkommen!

Maschinenformei
 werden angenommen.

Bochmann & von Stein, Eisengießerei

Stepperinnen,
 für Klappschneidmaschinen, werden angenommen.
J. Sinn, Wäschefabrik, Rue i. G.

Unabhängige Frau oder Mädchen zur Aufwartung gesucht.
 Bismarckstr. 4, 1.

Kaufmänn. Jugendbund
 im Verband Deutscher Handlungsgehilfen
 — **Lehrlingsabteilung Au.** —

Sonntag, den 30. März 1919, abends von 7/8 Uhr an
 im Saale des Hotels „Stadtspark“, Au.

Unterhaltungs - Abend
 für Eltern und Lehrherren.
 Erste und heitere Vorträge. — — — Musikalische Darbietungen.
 Vortrag des Herrn **Willy Blau**, Leipzig:
Deutschlands kaufmännische Jugend und ihre Aufgaben.

Wir bitten alle Eltern und Lehrherren nebst ihren Söhnen bzw. Lehrlingen, sowie alle sonstigen Freunde unserer kaufmännischen Jugend um ihren Besuch.

Lehrlingsabteilung Au.
 Oßnitzer. Taeger.

Eintritt frei!

Bermessungs- u. Tiefbautechnisches Büro
M. Schubert **A. Rauch**
 staatl. geprüfter u. beeideter Landmesser Ingenieur f. Städtebau und Tiefbauwesen
 Fernsprecher Nr. 397
Aue, Goethestr. 4 (Kaffee Rath)
 empfiehlt sich zur Ausführung aller Facharbeiten.

Echte Stein-Broschen
 Bunte Broschen
 Schreibzeuge, Petschafte

Oster - Geschenke
 finden Sie in grosser Auswahl bei

Uhrm. A. GEORGI,
 Wettlinerstrasse 17. Fernsprecher 161.

Brauerei sucht für sofort
 kautionsfähigen

Restaurationspächter
 für Eibenstock,
 der gleichzeitig die Vertretung der Brauerei mit übernimmt. Anfragen werden durch die Geschäftsstelle d. Bl. unter **N. Z. 2367** befördert.

Die Mitglieder und werten Gäste des
Konzertvereins „Muertal“
 werden zu dem am **Sonntag**, den 29. März nachmittags 5 Uhr im **Bürgergarten** stattfindenden
Erzgebirgischen Abend
 mit **Tänzchen**
 freundlichst eingeladen.

Zöpfe
 fertigt sauber und gut von
 dazugegebenen Haaren unter
 Garantie der Verwertung
Stern & Gauger
 Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
 Wettlinerstr. 48 am Westingplatz
 Besichtigte amüsante
 Haarverkaufsstelle.

Die Homöopath. Abteilung
 von
Kuntze's Apotheke
 bringt ihre Medikamente in empfehlende Erinnerung

Jüngerer Herr aus bester Familie
 (Hamburger), welcher längere Zeit als Volontär in einem hiesigen Geschäft tätig ist, sucht in guter Familie
Logis, mögl. mit voller Pension.
 Angebote mit Preisangabe zu richten an
Ernst Hecker, Metallwarenfabrik, Aue

Restaur. Germania. Erzgeb. Hugenabend
 morgen Sonntagabend von 8 Uhr ab. — Flotte Tänzer und Tänzerinnen sind hierzu herzlich eingeladen.

Abgelassene, schlechte Holz-Fußböden
 werden wieder schön u. zierlich
 farbig. In Wasser gelöst, freibeständig. Patent, 3.00 Mk. franco
 Nachnahme, nicht für 3 Zimmer
 Viele Anerkennungen.
 Meiniger Meister:
Mag Krüger,
 chemisch-technische Produkte,
 Dresden-N., Bismarckstr. 50.

Achtung! Reinweißes Achtung!
Schmierwaschmittel
 v. K. A. genehmigt, bester Ersatz für Schmierseife, in 1/2 und 1 kg-Dosen gibt billigst ab
Leupold, Chemnitz, Reibbahnstr. 29.
 Musterfunddosen Mk. 2.50.
Tüchtige Vertreter gesucht.

Lagerraum
 für Haus- u. Küchengeräte-Engros-Geschäfte
 in Aue gesucht.
 Anstengplatz und Zufahrt erforderlich.
 Offerten unter **N. Z. 2302** erbeten an die Exped. d. Bl.

Gasthof Auerhammer. Tanzkränzchen
 morgen Sonntagabend findet von 8 Uhr an
 Hierzu werden flotte Tänzer u. Tänzerinnen herzl. eingeladen.

Schwerhörige
 werl. Hof. d. Brotschürer
 über die berühmte
Wohlfühltrichter
 Paris, unschätzbare im
 Tragen. Viele Dank-
 schreiben. D. Köhler,
 Dresden 57,
 Wettlinerplatz 9.

Echten Kautabak
 aus garantiert reinem Tabak
 laufend abzugeben
M. Meinel & Co., Blauen i. B.
 Fernsprecher 2179.

Gutgehendes Restaurant und Sommerfrische,
 billigst gel., passend für Gelegenheits-, zu verkaufen.
 Angebote unt. **N. Z. 2350** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Stadtkapelle Schneeberg.
 Sächsische Schweiz, Oberschlema.
Konzert u. Ball.
 Goldene Sonne Schneeberg Stadt Leipzig
große öffentl. Ballmusik.

Kranken Frauen
 und Mädchen teile ich
 unentgeltlich mit, wie
 ich von meinem lang-
 jährigen Frauenkinder
 (Weißfuß) in kurzer Zeit
 befreit wurde. Rück-
 porto erbet. Frau Bertha
 Koopmann, Berlin W 35,
 Potsdamer Straße 104.

Im Vertrauen
 auf die tausendfach erprobte Wirkung, selbst
 wenn schon viele andere ohne Erfolg ange-
 wandt, nehmen **Frauen** bei Monatsbeschwer-
 den die blutentziehenden **Fräuleinropfen**
„Frobar“ destill. ex Cinnamoni, Alcoh.
 Caryophyl. Pol. mellis, 2 Flasche Mk. 5, Qual.
 extrahiert Mk. 7.50, bei sehr hartnäckigen Be-
 schwerden Doppelrezept Mk. 12.50. Bedeu-
 tend erhöhte Wirkung wird erzielt durch gleich-
 zeitig. Gebrauch von **„Frobar-Zee“**, Patent
 Mk. 2.50. Warnung vor Nachahmungen. Ver-
 sand nach auswärts gegen Nachnahme oder
 vorherige Einzahlung des Betrages.
Medizinisches Versandhaus,
 Bremen 214, Wollfach 235.

Morgen Sonntagabend stellen wir wieder einen Transpor-
prima Meißner Ferkel
 im **Gasthof zum Schweizerhaus in Schneeberg** b.
 billigsten Preisen zum Verkauf ein. Verkaufszeit von
 vormittag 10 bis nachmittag 2 Uhr. Ankaufsbefehligung
 bitte mitbringen. **Gebr. Wödel, Webhandlung,**
 Rothenkirchen i. B., Fernruf 395.

Achtung! Achtung!
 Das letzte Mal zum Richter Franz!
„Schweizertal“ Alberoda.
 Sonntag, den 30. März, nachm. von 4 Uhr an
Abschieds - Feier.
 Alle lustigen Damen und Herren — laden
 wir dazu herzlichst ein.
Franz Richter und Frau.

12—15000 Mk.
 sind auf sichere Hypothek
sofort anzulegen
 Anfragen unter **N. Z. 2307**
 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Blechabfallstreifen
 0,75 und 1,50 mm
 zu kaufen gesucht.
Metallstanzwerk G. m. b. H. Schwarzenberg i. Sa.

Brennholz
 geschlitten, gibt ab **Willy Wöber, Fernruf 357.**

Eine weiße Küche,
 neu, Friedenware, guter Lack, 7 teilig, billigst zu
 verkaufen. Angeb. u. **N. Z. 2341** a. d. Exped. d. Bl. erb.

Gebr. Wödel:
 2 **Rüchenschloß**,
 bestell. mit **Watrags**,
 1 **Sohn** mit 4 **Sessel**,
Rüchenschloß, **Wasserschloß**,
 4 **neue Rüchenschloß**,
 2 **neue Schloßschloß**,
 2 **Wasserschloß** mit **Wasserschloß**,
 4 **Rüchenschloß** mit **Wasserschloß**
 und versch. gr. Tafeln
 verkauft
Schmidt, Poststraße 31.
 — Rein Baden. —

Blauer Anzug
 (Friedenware), passend für
 Konfirmanten, zu verkaufen.
 Zu erfragen im **Unser Tagesblatt**.

Pflüschgedeck und Gardinen
 gebraucht, aber gut erhalten,
 zu kaufen gesucht.
 Zu erfragen im **Unser Tagesblatt**.

Sportwagen
 preiswert zu verkaufen
Schneeberger Str. 40, 2. Et.

Amtliche Bekanntmachungen.

Kriegsunterstützung in Aue.

Die Kriegsunterstützung für die 1. Hälfte des Monats April 1919 zahlen wir nur aus: Dienstag, den 1. April Buchstaben A - F vorm. 8 Uhr

Der diese Reihenfolge nicht einhält oder wer zu spät kommt, hat zu gewärtigen, daß er zurückgewiesen wird. Jede Veränderung (Geburts- oder Todesfall, Beurlaubung, Entlassung, Eintritt der Hinterbliebenen-Pflicht, Vollendung des 15. Lebensjahres bei Kindern) ist sofort, spätestens am Tage vor der Auszahlung in unserer Stadtkasse zu melden.

Warnung vor Zuzug nach Chemnitz.

Vor Zuzug nach Chemnitz wird dringend gewarnt. Mit Rücksicht auf die sich immer mehr verschärfende Wohnungsnot in Chemnitz darf von heute an im Bereiche der Stadt als Vermieten von Wohnungen oder sonstigen Räumen an Personen, die von auswärts zuziehen, nur mit Genehmigung des Kriegswohnungsamtes, Langestraße 54, II, Zimmer 213, erfolgen.

Verkäufungen dieser Bestimmungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Zuwiderhandlungen werden mit Haftstrafe bis 14 Tagen oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft. Chemnitz, den 22. März 1919.

Sprechsaal.

Diese Rubrik dient zum freien Meinungsaustausch unserer Leser. Die Schriftleitung übernimmt dafür nur die präselegische Verantwortung.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die geehrte Redaktion Ihres geschätzten Blattes würde der hiesigen Geschäftswelt und dem Publikum im allgemeinen einen Dienst erweisen, wenn Sie darauf hinweisen wollten, daß der Schalter 8 des hiesigen Lokalmtes in den Stunden des starken Verkehrs vormittags bis nachmittags so überlastet ist, daß sich daraus eine Katastrophe für das Publikum zu entwickeln beginnt.

Stadtverordnetenversammlung zu Aue vom 27. März.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hatte eine wichtige Tagesordnung, deren erste Punkte glatt erledigt wurden, während es beim letzten Punkte, der nachträglich auf die Tagesordnung gesetzte Vorlage über die Bewilligung eines künftigen Zuschusses von 10 000 Mark für die neu zu organisierende Stadtkapelle, sowie bei den „kleinen Anfragen“ nach Erledigung der Tagesordnung zu sehr ausgedehnten Erörterungen kam.

Ein Nachtrag V zur Sparkassenordnung der Stadt Aue, der besagt, daß die Verordnungen der Sparkasse künftig nicht mehr in der „Leipziger Zeitung“, die ihren amtlichen Charakter verloren hat, sondern nur in der „Sächsischen Staatszeitung“ (Dresden) erscheinen sollen, wurde debattelos angenommen.

Der Rat beantragt Beteiligung beim Radiumbad Oberschlema mit einer Summe von 10 000 Mark. Nach Beantwortung durch Stadtverordnetenvorsteher Ziegler und Bürgermeister Hofmann wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Erhöhung der Teuerungszulagen für Real-, Volksschullehrer und hiesige Beamte. Auf Grund einer Regierungsvorordnung macht sich auch für Aue die Neueingelung der Teuerungszulagen für Real-, Volksschullehrer und andere hiesige Beamte mit einem Gehalte bis zu 6000 Mark erforderlich.

Als Rotstandsarbeit ist der völlige Ausbau der Meißnerstraße zwischen der Zeller Kirche und Schule in Aussicht genommen. Die Kosten betragen 44 000 Mark, der Ueberpreises beträgt 22 800 Mark, wovon Staat und Reich Zinszuschuß tragen.

der Arbeitslosen in Aue seit einiger Zeit ständig im Herabgehen begriffen sei. Man habe viele hiesige Arbeitslose in der Landwirtschaft, im Bergbau, auch im Kalibergbau gut unterbringen können. Auch scheine eine lebhaftere Tätigkeit in den hiesigen Betrieben eingesetzt zu haben.

Erhöhung der Verpflegung des Stadtkrankenhaus. Wie Vorsteher Ziegler berichtet, gab eine Beschwerde der Allgemeinen Ortskrankenkasse über die Verpflegungserhältnisse im hiesigen Stadtkrankenhaus Veranlassung zur Erhöhung der Verpflegungsgelder.

Bürgermeister Hofmann meint, es müsse zugegeben werden, daß das hiesige Krankenhaus nicht auf voller Höhe stehe. Man sei hier wegen der Heilanstalt (Dr. Pilling) und wegen der Nähe des Kreiskrankenhauses Zwieskau bisher noch nicht in solcher Verlegenheit gewesen. Man sei auch leicht geneigt, das Krankenhaus nach dem äußeren Anschein zu unterschätzen.

Die Vorlage betreffend Erhöhung der Verpflegung wird darauf einstimmig angenommen. Neue Erhöhung des Gaspreises. Das Kollegium hat erst in seiner letzten Sitzung eine Erhöhung des Preises für Koch- und Leuchtgas für den Publikumssatz von 30

Das Glücksarmband.

Namen von Rentisch.

(Nachdruck verboten.)

Hubinger sah ihr einen Augenblick nach. Nein, da war auch nicht der kleinste Verdacht zulässig, das war wirklich guter, alter Wiener Schlag. Aber doch lag Verdacht vor, und das Haus mußte man jedenfalls scharf im Auge behalten.

Er sperre selbst ab und begab sich nach der Villa zurück, wo schon der Wagen wartete, der die sterblichen Leiber der Hübscherin abholen sollte, während Wachleute die anordnenden Neugierigen abhielten.

Die Köchin und das Stubenmädchen standen weinend auf der Treppe. Der Rat öffnete das Sterbegemach und ordnete selbst alles Nötige für die Ueberführung an. Als aber die Leiche hinabgetragen wurde und er nun allein in dem schönen Zimmer stand, fühlte er sich von dem Schicksal der jungen Frau unerwartet aufs tiefste ergriffen.

Nach einmal sah er von der Straße aus empor zu den schloßartigen Fenstern des ersten Stockwerkes, von wo ihm das holde Frauenantlitz so oft zwischen den Fensterrahmen hervor einen Abschiedsgruß zugewinkt hatte. Nun war alles, alles vorüber für immer — ein reizendes Kapitel seines Lebens war abgeschlossen.

Schuldig? Es war schon gegen sechs Uhr abends, als Rat Hubinger endlich seine Fahrt zu Doktor Norbert auf-

treten konnte. Eine Menge Formalitäten waren zu erfüllen gewesen, genaue Berichte hatten erstattet werden müssen, und je mehr der Rat sich in die ganze Angelegenheit vertiefte, um so klarer drängte sich ihm immer mehr die Ueberzeugung auf, daß es sehr schlimm stand um seinen Freund.

Hubingers eigene Begegnung mit Norbert, das sonderbare Benehmen im Rasthaus — das Doktor Bild natürlich gleich zu Protokoll gegeben hatte — alles dies verschärfte den Verdacht, der vom ersten Moment an auf Norbert gefallen war. Der mit H. R. unterzeichnete Brief war bei Wilm von Sallen gefunden worden, den Opakreis hatte man ihr vom Klem genommen. Die Verhandlung würde er selbst wohl nicht führen dürfen, da sein nahes Freundschaftsverhältnis zu Norbert allgemein bekannt war.

Als die beiden Herren die Treppe zu Norberts Wohnung emporstiegen, kam hinter ihnen noch ein dritter Herr, ein äußerst elegant gekleideter, mittelgroßer Mann mit einem scharfgeschnittenen Vogelgesicht, aus dem hinter glänzenden Brillengläsern leidenschaftliche dunkle Augen blitzten, und es fand sich, daß der Rat und der andere einander kannten, da sie dann und wann bei Gericht zusammengepfiffen waren. Nur Doktor Bild war dem neuen Antommiling fremd. Dieser stellte sich selbst vor: „Doktor Robinson, Rechtsanwalt“, worauf beide Herren sich die Hände schüttelten; dann stiegen alle drei zusammen weiter empor.

„Sie besuchen auch jemanden hier?“ fragte Hubinger, doch sprach er doch höflichkeitshalber, denn der juristische Kollege war ihm stets recht unsympathisch gewesen. „Besuchen? Ja und nein! Es ist eine Art Antrittsbesuch!“ — antwortete Robinson ein wenig höhnisch. — „Über ich vermute, Sie wird dem Herrn, dem Sie gilt, wenig Freude bereiten.“

(Fortsetzung folgt)

Er hatte sich bereits auf dem Flur umgesehen und das Schild entdeckt, das Norberts Namen trug. „Ich bin hier am Ziel“, sagte er, indem er sich verabschiedend, den Hut löste. Nachdem er die Glocke gezogen, sah er mit Befremden, daß die beiden anderen Herren auch stehenblieben.

Rat Hubinger aber hatte eine höchst unangenehme Empfindung. Was sollte er tun? Er konnte doch nicht vor diesem Fremden mit Norbert über die Ergebnisse der letzten Stunden sprechen? Wie, wenn dieses Gespräch vielleicht doch mit einem verzeuerten Geständnis enden würde? Denn Doktor Hubinger nahm mit Bestimmtheit an, daß, wenn sein Freund überhaupt in diese geheimnisvolle Sache verwickelt war, er ihn in einem Zustand tiefer Reue und Gebrochenheit finden müsse. Möglich auch, daß es erregte Auseinandersetzungen gab, bestiges Gerede und Widersprechen, Beugnen, Gereiztheit, aber daß man zu neuen, anderen Anhaltspunkten gelangte. Oder endlich konnte es mit einer Verhöhnung enden oder mit einer anderen erschütternden Szene. Ein Fernstehen durfte also auf keinen Fall an der Unterredung teilnehmen.

Am besten würde es wohl sein, einstweilen einfach die Warte eines freundschaftlichen Besuches festzuhalten. Hubinger tauschte einen Blick mit Doktor Bild und las in den Augen des jüngeren Kollegen ein Versehen. Seitdem war es bloß, daß auch Doktor Robinson eine so merkwürdig genierte Miene zur Schau trug, als er sah, daß die beiden Herren dasselbe Ziel hatten wie er selbst. Aber er hatte nun schon gekaut, und es näherten sich bereits hinter der Tür allig trappelnde Schritte. Gleich darauf wurde die Tür geöffnet, und der Frau Weihs gemüthliches rundes Gesicht tauchte auf.

(Fortsetzung folgt)

Vertical text on the left margin containing various small advertisements and notices.

auf 40 Pfennige beschlossen. Inzwischen ist (ab 15. März) eine weitere Erhöhung des Kohlenpreises eingetreten, die dem Gaswerk aus Mehrausgaben von 60 000 Mark verursachen, während neuerliche Preiserhöhungen des Gaswerkes mit jährlichen weiteren 20 000 Mark belasten. Wie Vorsteher Ziegler ausführt, habe man zum Beispiel in Ober-Silema eine Erhöhung des Rubinspreises auf 60—65 Pfennige in Aussicht gestellt. In Aue würde der Mehrpreis 7,8 Pfennige ausmachen, man werde auf die Dauer damit aber nicht auskommen. Deshalb habe der Gasauschuss Erhöhung des Gaspreises um zehn Pfennige auf 50 Pfennige beschlossen und zwar ab 1. Mai, während der Rest die Erhöhung schon ab 1. April beschloß angesichts der Tatsache, daß die Kohnerhöhungen schon ab 1. März, die Kohlenpreiserhöhung ab 15. März eingetreten sind.

Nachdem Stadtverordneter Wilhelm die Vorlage namens des Gasauschusses (mit Inkrafttreten ab 1. Mai) befürwortet hatte, wird die Vorlage des Rates in zweimaliger Abstimmung mit 18 Stimmen angenommen.

Zuschuß für die Stadtkapelle.

Die Vorlage ist als dringlich nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt worden. Vorsteher Ziegler bemerkt einleitend, daß die Stadtkapelle in den früheren Jahren einen jährlichen Zuschuß von 4000 Mark erhalten habe. Im Laufe des Krieges sei der Zuschuß erniedrigt und schließlich ganz eingestellt worden, da die Kapelle als aufgelöst zu betrachten war. Nun sei Kapellmeister Sattler an die Stadt mit dem Antrage herangetreten, wieder eine Stadtkapelle zu gründen. Man sei anfangs dazu geneigt gewesen, sei aber davon wieder abgekommen und man habe endlich beschlossen, die alte Art in neuer Form erstehen zu lassen. Vor dem Kriege war die Stadtkapelle ein Privatunternehmen, jetzt ist sie eine genossenschaftliche Vereinigung. Es sei nun in vielen und schwierigen Verhandlungen ein Vertrag zwischen der Stadt und der Vereinigung zu Stande gekommen, wonach die Stadt einen jährlichen Zuschuß von 10 000 Mark zahlt, der wie folgt verteilt wird: 2500 Mark dem Kapellmeister, 500 Mark dem Konzertmeister als seinem Stellvertreter, die übrigen 6000 Mark den 20 Mitgliedern der Kapelle. Solange die Kapelle nicht 20 Mitglieder hat, soll der entsprechende Betrag von der Stadt einbehalten werden. Auf die Gründung einer Pensionskasse der Kapelle wird kein besonderer Wert mehr gelegt. Als Gegenleistung hat die Kapelle Volkstonzerte (mit 30 Pfg. Eintritt), Sinfoniekonzerte und Posaehmützen zu veranstalten. Vorsteher Ziegler beschwört warm die Annahme der Vorlage. Der Zuschuß von 10 000 Mark könnte hoch erscheinen, doch sei er in den derzeitigen allgemeinen Verhältnissen begründet. Herr Sattler sei als Kassendirektor nach Glauchau gewählt und mache sein Verbleiben in Aue von der Entscheidung über die Vorlage abhängig.

Stadtverordneter Schultheiß übt scharfe Kritik an dem Verhalten des Kapellmeisters Sattler, der in den Verhandlungen mit den Orchestermitgliedern sich in der Gehaltsfrage als sehr hartnäckig erwiesen habe. Es sei nicht einzusehen, weshalb durch die Gehaltsforderungen Sattlers dem Orchester der Pensionsfonds verloren gehen solle. Es sei auch nicht richtig, daß Herr Sattler in Glauchau in engerer Wahl stehe. Er beantrage, für den Pensionsfond 500 Mark aus dem Zuschuß bereit zu stellen.

Bürgermeister Hofmann, der die Verhandlungen mit dem Orchester und Kapellmeister Sattler (denen Stadtverordneter Schultheiß übrigens nicht belagert hat) geleitet hat, widerspricht entschieden der Auffassung des Stadtverordneten Schultheiß über das Verhalten des Kapellmeisters Sattler. Dieser habe sich im Gegenteil sehr entgegenkommend gezeigt und habe Schritt für Schritt nachgegeben, um eine Einigung zu ermöglichen. „Hartnäckig“ war höchstens die Gegenseite. Bei den Verhandlungen gelang es aber doch, alle unter einen Hut zu bringen. Es handle sich jetzt darum, für die Leitung der Stadtkapelle eine bewährte künstlerische Persönlichkeit zu gewinnen, mit der ein solches Institut stehe und falle. Eine solche Persönlichkeit sei Herr Sattler nach seiner ganzen Vorbildung und nach den bisherigen Erfahrungen, die man mit ihm auch als hervorragendem Geiger machte. Seine Bezüge als Leiter der Kapelle seien sicherlich nicht zu hoch. Er werde unser musikalisches Leben zu bereichern wissen. Bei den Verhandlungen waren die Musiker ursprünglich Feuer und Flamme für die Pensionskasse, seien dann von dieser aber selbst wieder abgekommen. Wenn man schon die Einrichtung einer Pensionskasse beschließen wolle, dann beantrage er, mindestens 1 000 Mark dafür dem Zuschuß zu entnehmen.

Stadtverordneter Schultheiß beantragt darauf, dem Kapellmeister 3000 Mark, 500 Mark dem Konzertmeister, 500 Mark der Pensionskasse und 6000 Mark den Musikern zu bewilligen. Der Antrag findet nicht die erforderliche Unterstützung.

Stadttrat Fischer erklärt, er behauere lebhaft die Gehässigkeiten, in dieser Form in diesem Saale noch nicht da gewesenem Angriffe des Stadtverordneten Schultheiß gegen den Kapellmeister Sattler.

Es scheint ihm, als habe man ein besonderes Moment dahinter zu suchen. Wenn Herr Sattler nicht 2500 Mark Gehalt bekomme, dann habe die Stadt auch kein Interesse an der Bewilligung des Zuschusses von 10 000 Mark. Man müsse froh sein, daß Herr Sattler wiederkam. Redner bezeichnet die Verhandlungen des Orchesters als Kußhandel und verweist darauf, daß es Arbeiter gibt, die ein Einkommen von 5 bis 6000 Mark haben (Lachen links).

Vorsteher Ziegler bezeichnet es als unliebsam, daß die Anwesenheit eine persönliche Führung angenommen habe. Die Pensionsfrage müsse ganz ausgeklammert bleiben, man könne nur sachlich verhandeln. Im Uebrigen habe das Orchester durch Vertrag anerkannt, daß es sich unter Leitung des Herrn Sattler bewegen wolle und damit einfaß für das Kollektiv jeder Grund, sich weiter mit dieser Seite der Sache zu beschäftigen. Stadtverordneter Schultheiß verwarf sich gegen den Vorwurf der Gehässigkeit. Er habe nur aus idealen Beweggründen gesprochen, um den Musikern die Pensionskasse zu sichern und habe Herrn Sattler nicht angegriffen. Er sei über alles genau informiert. Es mache ihm den Eindruck, als wolle die andere Seite in illopoler Weise ihr altes Spiel treiben.

Die Vorlage wird darauf gegen eine Stimme (und zwar die des Stadtverordneten Dertel) angenommen. Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Die Maschinengewehre des 3. März.

Stadtverordneter Friedrich richtete darauf an Bürgermeister Hofmann die Anfrage, ob ihm bekannt sei, daß am 3. März eine Maschinengewehr-Abteilung mit 60 Mann und drei Maschinengewehren in Aue eingerichtet sei, um das Stadthaus, die Post und den Schlachthof militärisch zu besetzen, zu welchem Zweck dies geschehen sei und wer das Militär bestellt habe. Redner führt aus, die Sache habe in der hiesigen Einwohnerschaft ziemliche Beunruhigung erregt. Gerüchte von einem Generaustreife seien umher geschwirrt. Der Arbeiterrat habe am selben Tage die Abteilung zum Abrücken bewogen. Die Arbeiter glauben, daß die Aktion gegen sie gerichtet war und dies umso mehr, als am selben Tage Verhandlungen der Arbeitgeber mit den Metallarbeitern stattfanden.

Bürgermeister Hofmann erwidert, er wisse, daß Maschinengewehre aus Chemnitz gekommen seien. Wie viele, wisse er allerdings nicht. Es sollte je eins am Stadthaus, am Schlachthof und am Bahnhof (Zuruf: Postamt) aufgestellt werden. Wer die Maschinengewehre bestellt hat, wisse er nicht. Am Tage vorher war ein Offizier bei ihm, der ihm mitgeteilt habe, man habe erfahren, daß ein Zug von Spartakisten aus Lauter nach Aue bevorstehe, der dem Schlachthof und dem Bahnhof in Aue gelten solle. Deshalb habe die Militärbehörde für Sicherheit sorgen wollen. Nachdem nun einige Tage vorher der Schlachthof in Plauen geplündert worden sei, schien ihm — Redner — das, was der Offizier ihm mitteilte, nicht unmöglich zu sein und er habe sich daher mit der Entsendung der Maschinengewehrabteilung einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß dies unauffällig und ohne Bedrohung der Bevölkerung geschehe. Der Offizier erklärte darauf, daß die Abteilung in der Nacht hierher kommen würde. Sie ist gekommen und das Aufsehen konnte leider nicht vermieden werden. Ein bedauerliches Zusammentreffen war es allerdings, daß gleichzeitig hier Verhandlungen über Arbeiterlöhne stattfanden.

Stadtverordneter Dertel erinnert den Bürgermeister daran, daß hier ein Arbeiterrat besteht und bedauert es tief, daß dieser nicht im kritischen Augenblick herangezogen wurde. So waren die Maschinengewehre eine Provokation der Bevölkerung, durch die das bestehende Mißtrauen gegen die leitenden Stellen der Stadt nur noch verschärft worden ist. Er fragt, ob der Bürgermeister nicht gewußt habe, daß ein Arbeiterrat hier existiere?

Bürgermeister Hofmann erwidert, er halte es für überflüssig, jetzt nach drei Wochen, nachdem alles längst vorüber ist, die Sache hier noch anzusprechen. Es sei Sache des Arbeiters und Soldatenrates gewesen, sich von selbst darum zu kümmern. Er als Stadtoberhaupt habe für die Sicherheit der Stadt einzustehen. Es sei leicht möglich, daß Führer von auswärts hierher kommen, die aufreizend wirken.

Vorsteher Ziegler erklärt, auch dem Soldatenrat sei von der Sache nichts bekannt gewesen. Dies sei jedenfalls ungeklärt. Die Gefahr war damals sehr groß, daß statt Beruhigung, Aufregung in die Bevölkerung getragen wurde. Irgendwo sei da ein dunkler Punkt. Jedenfalls sei keine Veranlassung gewesen, dem Arbeiterrat zu mißtrauen. Im Uebrigen werde die Angelegenheit noch untersucht werden.

Frau Stadtverordnete Rössler erklärt, man habe die Maschinengewehrmannschaften gefragt, was sie in Aue wollten. Sie hätten erwidert, das wüßten sie nicht. Wenn sie nur ihre 10 Mark täglich und ihre Brotmarken bekämen, ginge sie das andere nichts an. Stadtverordneter Schultheiß erklärt, von der Antwort des Bürgermeisters nicht befriedigt zu sein. Die Frage,

wer die Ansetzung zu der Besetzung der Maschinengewehre gegeben habe, bleibe nach wie vor offen.

Bürgermeister Hofmann erklärt nochmals, daß es seine Pflicht war, für die Sicherheit der Stadt zu sorgen. Wenn etwas passiert wäre, würde man ihm mit Recht den Vorwurf gemacht haben, daß er seine Pflicht als Stadtoberhaupt nicht erfüllt habe.

Stadtverordneter Raabe verweist zunächst auf das bisherige vortreffliche Einverständnis zwischen Behörde und Arbeiterrat in Aue und verweist dann darauf, daß Bürgermeister Hofmann in seiner fünfjährigen Tätigkeit sich als liberal Denkender erwiesen habe, so daß es lächerlich sei, anzunehmen, daß er die Arbeiter niederhartnäckig wolle. Hier liegen offenbar nur Mißverständnisse vor.

Die Wohnungsnot in Aue.

Stadtverordneter Schlemmich bespricht das Wohnungsproblem in Aue. Es frage sich, ob nicht doch die Gerstner'sche Fabrik für Wohnungen frei gemacht und ob nicht auch die Scherf'sche Villa dazu benutzt werden könne. Ferner fragt Redner, ob es wie kürzlich einem Einwohner auf dem Stadthause gesagt wurde, keine Bezugscheine für Saatkartoffeln mehr gibt.

Bürgermeister Hofmann erwidert, in der Frage wegen der Saatkartoffeln sei er nicht informiert, er werde die Sache untersuchen lassen. Was die Wohnungsnot betrifft, so sei der Redner mit dieser Frage beschäftigt. Die Scherf'sche Villa sei allerdings nicht zu haben, da der Besitzer sie jetzt dringend gebraucht. Für die Gerstner'sche Fabrik wird man andere Räume sichern. Es sind bereits Wohnungen im Auer Stadthause im Keller Rathaus und im Schlachthof freigegeben worden. S. rade sind vom Kriegsministerium nicht zu bekommen. Dank den Stadträten Höfer und Zetzel für den Rat, mit welchem sie bisher in der Wohnungsfrage tätig gewesen sind.

Stadttrat Höfer bittet die Stadtverordneten, den Rat nach Kräften in der Wohnungsbeschaffung zu unterstützen, damit Reservisten geschaffen werden können. Nach dem 1. April, wenn alle untergebracht sind, werden keine Reservisten vorhanden sein. Kriegsgesetze können, wenn sie nicht schon Wohnung haben, jetzt nicht zusammenziehen. Man mußte sogar schon Kelleräume in Anspruch nehmen.

Damit ist die Besprechung beendet und die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Es folgt eine geheime Sitzung.

Kunst und Wissenschaft.

Die Zukunft der Wiener Oper. Aus Wien wird gemeldet, in der Oper fand eine Versammlung der acht-hundert Mitglieder statt, in der man sich gegen jeden Versuch, das alte berühmte Theater in eine Pächter in die Hände zu treiben, aussprach. Der Staat habe die Verpflichtung, für das ganz Deutsch-Oesterreich wertvolle Kunstunternehmen zu sorgen nach dem Beispiele des deutschen Reiches, das ebenfalls aus dem früheren Hoftheater ein Staatstheater gemacht habe. In der Aussprache zeigte es sich, daß man eine Loslösung der Operverwaltung von der des Schauspielers fordert und daß man sich selbst regieren wolle. Kapellmeister Schalk, der die Leitung der Oper allein führt, genießt weiterhin das Vertrauen der Künstler und Angestellten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Wünsche des Operpersonalis der Regierung mitgeteilt wurden.

Einen Sozialisierungsantrag für die bayerischen Theater hat Direktor Stußfeld vom Würzburger Stadttheater ausgearbeitet. In diesem ist auch die Verstaatlichung der Kinos im Volksstaate Bayern vorgesehen. Der Entwurf hat den Beifall der Künstlergewerkschaft in München gefunden, die ihn der Sozialisierungskommission in Nürnberg überreichte.

Ein russisches Ausfuhrverbot für Kunstwerke ist jetzt erlassen worden. Infolge der ungeordneten Zustände in Rußland drohte der sich immer mehr ausbreitende Handel mit russischen Kunstgegenständen den Kunstbesitz des Landes außerordentlich zu schädigen. Darum wird jetzt für alle Gegenstände von künstlerischem Wert ein bedingungsloses Ausfuhrverbot gesetzlich durchgeführt.

Geschäftliche Mitteilungen.

4prozentige Kommunalkreditbriefe der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden zu Dresden werden in der Zeit vom 31. März 1919 bis 19. April 1919 im Wege öffentlicher Zeichnungen zum Kurse von 95 Prozent aufgelegt. Dieses erstmalig erscheinende mündelsichere Inhaberpapier wird, abgesehen von dem jetzt herrschenden starken Anlagebedürfnis, aller Voraussicht nach um deswegen einen regen Zuspruch finden, weil seine Sicherheit auf der Grundlage der in der Anstalt zusammengeschlossenen Gemeinden und Bezirksverbänden ruht. Für die Kreditbriefe haften neben dem Anstaltsvermögen mehr als dreihundert sächsische Städte und Landgemeinden, sowie die 28 amtschauptmannschaftlichen Bezirksverbände nach Maßgabe der Anstaltsstatuten unbeschränkt und gesamtschuldnerisch. Zeichnungsjahres ist die Sparta-Aue.

Für die wohlthuende, liebevolle Teilnahme, sowie für die überaus reichen Blumenspenden bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen nur hierdurch unseren herzlichsten Dank.

AUE, den 27. März 1919.

Im Namen der Hinterbliebenen
Albert Stelzner u. Kinder.

Dank.

Für die vielen Beweise liebevoller Anteilnahme beim Heim-gange meiner lieben Gattin, unserer treusorgenden Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Frieda Lange geb. Quaas

sagen wir hierdurch allen unsern

herzlichsten Dank.

Paul Lange nebst Tochter,
Herm. Quaas und Familie,
Auguste Quaas.

Familien-Drucksachen

fertigt schnellstens und in bester Ausführung
Auer Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H.